Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 66 (1972)
Heft: 5

Artikel: UNCTAD III : Halbzeit
Autor: Wicke, Berthe
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142044

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Solche Maßnahmen, wie auch die strenge Planung, die sie voraussetzen, ständen in krassem Gegensatz zu den, vor allem in Wirtschaftskreisen, heute üblichen Zielvorstellungen. Mansholt sagt: «All das wird sich für den einzelnen in einem Rückgang des materiellen Wohlstandes und des freien Gebrauchs der Güter ausdrücken.» Gewiß, aber was ist unter materiellem Wohlstand zu verstehen, die Anzahl von Schuhen, von Metern Stoff, von Litern Benzin, von Kühlschränken, Fernsehapparaten, Autos, Konservenbüchsen usw., die der einzelne verbrauchen kann? Werden wir wirklich schlechter leben, wenn wir von all dem weniger haben? Und Mansholt zählt die Möglichkeiten auf, um dauerhaftere Waren herzustellen oder gewisse Maschinen durch kollektive Dienste zu ersetzen. Wir werden ebensogut gekleidet und bedient sein wie heute, wir werden besser leben, aber anders als heute. Durch die dauerhafteren Produkte kann die Arbeitszeit beschränkt werden. Wettlauf um Profit, geisttötende Arbeit, höllische Tempos werden keinen Sinn mehr haben. Eine geistige und kulturelle Entfaltung für jedermann tritt in den Vordergrund, da die Produktion überflüssiger und rasch verbrauchter Güter ausgeschaltet sein wird. Diese relativ strenge Lebensführung muß durch die Verteilung eines Existenzminimums an alle annehmbar gemacht werden. Die Lebenshaltung vieler Jugendlichen heute beweist, daß diese Einschränkungen zumutbar sind.

Hier stellt sich für Mansholt nun die Frage, ob eine solche «Rückentwicklung» in unserem System möglich ist. Sie stellen heißt schon, sie negativ beantworten. Der Kapitalismus privater oder staatlicher Form ist unvereinbar mit dem Überleben der Menschheit.

Es ist verheißungsvoll, daß von allen Seiten die Überlebensbedingungen der Menschheit ernsthaft geprüft werden, und daß der Präsident der Europäischen Gemeinschaft es als deren Aufgabe sieht, drakonische Maßnahmen für eine Überwindung der Gefahren ins Auge zu fassen.

Berthe Wicke

UNCTAD III: Halbzeit

Die Prognosen für UNCTAD III, die Unokonferenz für Handel und Entwicklung, die vom 13. April bis 19. Mai in Santiago de Chile tagt, waren fast durchgehend düster, obwohl die Chilenen sie Konferenz der Hoffnung nennen. Die Weltwährungskrise des vergangenen Jahres, durch die die Entwicklungsländer auf ihren Devisen vier Milliarden Dollar verloren haben, wirft ihre Schatten auf sie, illustriert aber auch das Recht auf Mitbestimmung bei einer Revision des Weltwährungssystems.

Schon in den beiden früheren Konferenzen, 1964 in Genf und 1968 in Neu Delhi, waren die Resultate äußerst bescheiden und wurden in der Folge zum Teil überhaupt nicht berücksichtigt, zum Teil erst nach zahlreichen weiteren Sitzungen teilweise verwirklicht (z. B. die Zollpräferenzen). Die jetzt der Lösung harrenden Probleme standen größtenteils schon früher zur Diskussion.

In den beiden ersten Wochen fand die allgemeine Debatte statt, während welcher die Konferenz 142 Redner anhörte. Daran schließt sich nun die Arbeit in Kommissionen, das Ringen in und zwischen den verschiedenen Gruppen an: Gruppe d. Industrieländer, Gruppe d. Länder ohne freie Marktwirtschaft und die Gruppe der 77, die nun 96 Entwicklungsländer umfaßt. Später wird die Konferenz wieder zusammentreten, um die Berichte der Gruppen und die erzielten Resultate zur Kenntnis zu nehmen und zu diskutieren.

Industrieländer

Die Delegierten der Industrieländer verkünden in ihren Reden die Ziele ihrer Entwicklungspolitik und was sie zur Lösung der hängigen Probleme zu tun gedenken, wobei eine etwas allgemeine Ausdrucksweise voraussehen läßt, daß eine konkrete Folgerung noch zu langem Hin und Her Anlaß geben wird. Der amerikanische Unterstaatssekretär John N. Irwin tritt mit kompromißloser Härte auf, die selbst auf die üblichen Formen diplomatischer Verbindlichkeit verzichtet. Die Wirtschaftslage der US gestatte keine Zugeständnisse. Die Hauptpunkte aus den Voten von zwei kleineren Ländern mögen uns Schweizer nachdenklich stimmen. Dänemark: Die Neuverteilung des Einkommens (das 3 Tage zuvor von McNamara aufgeworfene Thema) sei so wichtig wie die Verbesserung sozialer Strukturen. Ferner: das dänische Parlament habe die Regierung ermächtigt, bis 1975/76 den Entwicklungsländern öffentliche Hilfe von 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes (BSP) zu gewähren. — Herr Rothenbühler, der schweizerische Delegierte, empfahl eine «umsichtige Überprüfung» in bezug auf die währungspolitische Frage. Er zählte die von den eidgenössischen Räten beschlossenen Kredite auf, die als schweizerische öffentliche Hilfe 0,3 Prozent des BSP ergäben (1970: 0,16 Prozent). Außerdem erwähnte er, die schweizerischen Behörden hätten Erleichterungen geschaffen, um den Transfer privater Gelder in die Entwicklungsländer zu fördern!

Die Gruppe der 77

Wenn wir bedenken, wie verschiedenartig diese Gruppe zusammengesetzt ist, können wir die Schwierigkeiten ermessen, die sich ergeben, um den Willen von Asiaten, Afrikanern und Lateinamerikanern zu einer entschlußfähigen Einheit zu bringen. Die Entwicklungsländer sind sich aber

bewußt, daß sie sich nur gemeinsam durchsetzen können. So sind, im vergangenen Herbst ihre Minister in Lima zusammengekommen, um ihre Forderungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und ein entsprechendes Aktionsprogramm aufzustellen. Schon in der ersten Sitzungswoche in Santiago gab es Uneinigkeiten zu überwinden, u. a. in bezug auf die 25 ärmsten unter den Entwicklungsländern. Der Konflikt konnte beigelegt werden. — Die Reden der Delegierten der Entwicklungsländer bilden eine ermüdende Aufzählung ihrer durchaus berechtigten Klagen und Wiederholung der dringendsten Wünsche.

Die Stellung Chinas ist noch nicht festgelegt. Der chinesische Vizeminister für Handel hat sein Land wohl als ein «relativ zurückgebliebenes» Entwicklungsland erklärt, doch die Tatsache, daß China es ohne jede fremde Hilfe zu einem beachtlichen Entwicklungsstand gebracht hat, und daß es in verschiedenen Fällen vorbildliche Entwicklungshilfe gewährt, läßt vermuten, daß es einen diesen Umständen entsprechenden Platz einnehmen wird.

Delegierte von Organisationen

Im Gegensatz zu den Delegierten der Industrieländer, die in den anschließenden Verhandlungen die Möglichkeit haben, ihren Versprechungen Nachdruck zu verleihen, und die daher auch in ihren Reden eher zurückhaltend sind, können die Delegierten von Organisationen mutige Pläne entwerfen, ohne dabei behaftet zu werden. Diese Bemerkung ist durchaus nicht ironisch gemeint, denn es ist wichtig, daß Gedanken ausgesprochen werden, die über den Pseudo-Realismus der Politiker hinausgehen.

Eine aufsehenerregende Intervention war diejenige des Präsidenten der Weltbank, McNamara. Da seine Rede im Pressebericht der UNO aus Santiago mit nur zwölf Zeilen über Zahlen der Weltbank wiedergegeben ist (Bericht der Schweizer Delegation: 25 Zeilen), scheint es wahrscheinlich, daß man versuchen wird, ihren wichtigsten Teil zu bagatellisieren. Aus diesem Grunde bringen wir nachstehend den betreffenden Abschnitt des Berichterstatters der NZZ vom 15. April aus Santiago: «Ein besonderes Echo hat in Lateinamerika die Rede Mc Namaras gefunden. Mit sichtlicher Genugtuung haben die chilenische und die peruanische Delegation seine Bemerkungen verzeichnet, wonach das Wachstum von einer entsprechenden Einkommensverteilungspolitik in den Ländern der Dritten Welt begleitet sein sollte. Solange die einzelnen Länder nicht selber korrigierende Maßnahmen ergreifen, könne keine noch so große Auslandhilfe das Los der untersten Schichten erleichtern. In Brasilien, so führte er unter anderem aus, sei der Anteil der 40 Prozent Ärmsten am Bruttosozialprodukt im letzten Jahrzehnt von 10 Prozent auf 8 Prozent und in Mexiko zwischen 1950 und 1969 von 14 Prozent ebenfalls auf 8 Prozent zurückgegangen.

Entsprechende Strukturänderungen, hauptsächlich in bezug auf die Land-, Einkommens- und individuelle Chancenverteilung, hält McNamara deshalb im Rahmen der Entwicklungspolitik für ebenso wichtig wie die Auslandhilfe und das Streben nach einer angemessenen Wachstumsrate. Der Weltbankpräsident dürfte sich damit wohl kaum überall Freunde gewonnen haben.» McNamara scheint sich zu einer Erkenntnis durchgerungen zu haben, die ganz im Gegensatz zu seinem Handeln als US Verteidigungsminister in den sechziger Jahren steht. Alle Versuche lateinamerikanischer volksfreundlicher Regierungen durch vorsichtige Bodenreformen (z. B. 1954 Guatemala) zu einer gerechteren Einkommensverteilungspolitik zu kommen, wurden von den USA zu Fall gebracht. 1964 schossen US-Truppen auf friedliche Einwohner Panamas und 1965 verhalfen 40 000 amerikanische Soldaten in der Dominikanischen Republik dem General Elias Wessin y Wessin zum Sieg über das empörte Volk. Auch das revolutionäre aber nicht kommunistische Peru und Chiles demokratisch gewählter Präsident Allende, dessen Wahl die CIA zusammen mit der ITT zu vereiteln versucht hatte, sind im Begriffe, die nötigen Strukturänderungen vorzunehmen. Wenn McNamaras Äußerungen glaubwürdig sein sollen, wird er das seine dazu beitragen, daß Allende sein hoffnungsvolles Experiment weiterführen kann.

Die Vertreter von drei internationalen Gewerkschaftsverbänden klagten als fortgeschrittenstes Mittel des Kapitalismus die multinationalen Unternehmungen an, die sich jeder demokratischen Kontrolle oder sozialen Verantwortung entziehen. Die Verbände verlangen einen internationalen Verhaltenskodex, der Verpflichtungen solcher Kartelle gegen Regierungen, Arbeiter und Gewerkschaften festlegt.

Ein anderer Punkt, in dem die verschiedenen Gewerkschaftsverbände übereinstimmen, ist das Anstreben von Strukturveränderungen zur Begünstigung des Aufbaus eigener Industrien in den Entwicklungsländern. Damit würde die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Entwicklungsländern als Rohstofflieferanten und den Industriestaaten als Erzeuger von Industrieprodukten aufgehoben.

Aussichten

Eine in Reden von Delegierten der Industriestaaten und von Entwicklungsländern am häufigsten wiederkehrende Forderung ist die Beteiligung der Dritten Welt an einer Währungsreform. Gerade diese weitgehende Übereinstimmung gibt zur Frage Anlaß, ob dann nicht die Form, die für dieses Mitspracherecht gewählt wird, die Entwicklungsländer doch wieder nur in die Rolle der Erduldenden drängen wird.

Die Notwendigkeit der Förderung der am wenigsten entwickelten EL und derjenigen ohne Zugang zum Meer scheint auch allgemein anerkannt zu sein. Doch kommt es auch hier auf die Intensität des Geberwillens zur Schaffung eines Spezialfonds an. Der Delegierte der USA

hat schon in seiner Rede die Beteiligung an einem solchen Fonds abgelehnt.

Verbesserungen am Präferenzsystem, Erhöhungen von Hilfsbeiträgen, Erleichterungen für die Tilgung der Schuldenlast und ähnliche die Interessen der einzelnen Industrieländer in verschiedenem Grade tangierende Forderungen werden wahrscheinlich späteren Verhandlungen überlassen werden. In der Stabilisierung der Rohstoffpreise sollte es diesen Sommer noch zu einem Abkommen für den Kakao kommen.

Die Tatsache, daß die UNCTAD keine selbständige Organisation, also nicht beschlußfähig ist, sondern von der Vollversammlung der UNO abhängt — das war bei ihrer Gründung von den Industrieländern durchgesetzt worden, die die Mehrheit der Entwicklungsländer befürchten mußten — verurteilt sie zu einem oft unwürdigen Seilziehen.

Lohnt sich der ganze Aufwand? Hat die UNCTAD mit ihren spärlichen Resultaten überhaupt ein Lebensrecht? Solche Fragen mögen sich aufdrängen. Sie müssen auf jeden Fall bejaht werden, wenn man bedenkt, daß die UNCTAD der Ort ist, wo die Krankheitsherde, die an unserer unausgeglichenen Weltgesellschaft schuld sind, untersucht werden können. Sie ist das Forum, wo ein Gedanke ausgesprochen werden kann und dann da und dort Aufnahme findet und weitergegeben wird, wie etwa Präsident Allendes Vorschlag, einen großen Teil der heutigen Rüstungsausgaben in einen Entwicklungsfonds fließen zu lassen, Vorschlag, der auch in der Ansprache des Präsidenten von Mexiko zum Ausdruck kommt und vom Delegierten Rumäniens aufgegriffen wurde.

Es ist den meisten Staaten bewußt geworden, daß man die Währungsprobleme nicht mehr im kleinen Kreis unter Ausschluß der Betroffenen lösen kann; die armen Länder beginnen zu verstehen, daß sie sich anders organisieren müssen, um wirkungsvoller vorgehen zu können, daß sich zum Beispiel die Hersteller desselben Produktes zusammenschließen müssen, oder die Länder mit ähnlichem Entwicklungsgrad, daß sie den gegenseitigen Warenaustausch fördern müssen.

Will man das banale Sprichwort «Geld regiert die Welt» entkräften, dann dürfen auch die geringsten Ansätze zum Versuch, menschlicher Solidarität zum Durchbruch zu verhelfen, nicht mißachtet werden.

6. Mai 1972 Berthe Wicke